

# Koloniale Kontinuität und Känguru-Gerichte: Verwaltungshaft und das israelische Militärgerichtssystem

Ayah Kutman, mondoweiss.net, 17.04.22

**So wie Masseninhaftierung ein entscheidendes Merkmal der israelischen Besatzung bleibt, so hat sich auch der Widerstand der Gefangenen entwickelt. Der Boykott des israelischen Justizsystems durch alle 530 palästinensischen Verwaltungshäftlinge dauert inzwischen mehr als 100 Tage an.**

Militärische Anordnungen, die vom israelischen Militärkommandanten aus "Sicherheitsgründen" erlassen werden, berühren jeden Aspekt des täglichen Lebens der Palästinenser, einschließlich Land- und Eigentumsrecht, Bewegungsfreiheit, politische, soziale und kulturelle Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Bildung, öffentliche Gesundheit und sogar Verkehrsverstöße.

Der Tag der palästinensischen Gefangenen, der am 17. April begangen wird, erinnert an die Hunderttausende von palästinensischen politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen. Willkür und Masseninhaftierung haben Israels koloniales Projekt geprägt, das sich nach der militärischen Besatzung der Westbank und des Gazastreifens im Jahr 1967 stark ausgeweitet hat. Seit 1967, als die israelische Militärjustiz eingeführt wurde, hat das israelische Regime über 850.000 Palästinenser verhaftet und inhaftiert. Derzeit sind 4.450 Palästinenser:innen in israelischen Gefängnissen inhaftiert, 32 Frauen, 160 Kinder und 530 Verwaltungshäftlinge, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren festgehalten werden.

Die Masseninhaftierung von Palästinensern erfolgt unter der Regie der israelischen Militärjustiz, dem zentralen Mechanismus des Militärregimes, das die Westbank und den Gazastreifen beherrscht. Seit ihrer Gründung wurden Hunderttausende von Palästinenser:innen verhaftet und auf der Grundlage einer ständig wachsenden Zahl von israelischen Militärbefehlen, inzwischen mehr als 1.800, vor Militärgerichte gestellt, die mit einer Verurteilungsquote von über 99 % bei denen grob gegen Rechtsgrundsätze verstoßen wird.

Die vom israelischen Militärkommandanten aus „Sicherheitsgründen“ erlassenen militärischen Anordnungen, berühren jeden Aspekt des täglichen Lebens der Palästinenser:innen, einschließlich Land- und Eigentumsrecht, Bewegungsfreiheit, politische, soziale und kulturelle Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Bildung, öffentliche Gesundheit und sogar Verkehrsverstöße. Neben der Verurteilung und Inhaftierung von Tausenden von Palästinenser:innen jedes Jahr wenden die israelischen Besatzungsbehörden die Verwaltungshaft an, ein Verfahren, das die unbefristete Inhaftierung einer Person ohne Anklage oder Gerichtsverfahren ermöglicht, um jederzeit Hunderte von Palästinensern auf unbestimmte Zeit festzuhalten.

Auf Grundlage „geheimer Informationen“, wonach die Person eine „Sicherheitsbedrohung“ für die Region darstellt, werden Verwaltungshaftbefehle für bis zu sechs Monate ausgestellt, die immer wieder auf unbestimmte Zeit verlängert werden können. Weder der Häftling noch sein Anwalt haben Zugang zu diesen Informationen, die nur zwischen dem israelischen Geheimdienst, dem israelischen Militärstaatsanwalt und dem Militärrichter ausgetauscht werden.

Die Praxis der Verwaltungshaft, die ihren Ursprung in den britischen Mandatsverteidigungsverordnungen (*Emergency*) von 1945 hat, spiegelt eine der deutlichsten kolonialen Kontinuitäten zwischen dem britischen Kolonialrecht und dem israelischen Recht wider. Die Bestimmungen wurden von den israelischen Behörden im Rahmen von drei separaten Gesetzen verabschiedet und wieder in Kraft gesetzt: Artikel 285 der in der Westbank geltenden Militärverordnung 1651 (1); Das Gesetz über die Internierung illegaler Kämpfer, das seit 2005 gegen Bewohner des Gazastreifens angewendet wird (2); und Das Notstandsgesetz (Inhaftierungen) (1979), das für Personen mit israelischer Staatsbürgerschaft gilt (3). Nur eine kleine Zahl jüdischer israelischer Bürger und Siedler wurde jemals in Verwaltungshaft genommen.

Tatsächlich werden Verwaltungshaftgesetze erlassen, die sich über territoriale Grenzen hinweg erstrecken und Palästinenser:innen überall betreffen, was die Realität eines übergreifenden Apartheidregimes bestätigt. Auf Grundlage „geheimer Informationen“, wonach die Person eine „Sicherheitsbedrohung“ für die Region darstellt, werden Verwaltungshaftbefehle für bis zu sechs Monate ausgestellt, die immer wieder auf unbestimmte Zeit verlängert werden können. Weder der Häftling noch sein Anwalt haben Zugang zu diesen Informationen, die nur zwischen dem israelischen Geheimdienst, dem israelischen Militärstaatsanwalt und dem Militärrichter ausgetauscht werden. Diese drakonisch Praxis, ermöglicht es „so viele Menschen wie möglich zu verhaften, ohne gezwungen zu sein, den Militärgerichten irgendwelche Beweise vorzulegen“, wie Sahar Francis, Direktorin der *Addameer Prisoner Support and Human Rights Association* [4], mir in einem Interview sagte.

Der Anwalt Mahmoud Hassan, der Hunderte von palästinensischen politischen Gefangenen und Inhaftierten vor israelischen Militärgerichten vertreten hat, erzählte mir den Fall eines jungen Palästinensers, der von den israelischen Besatzungstruppen verhaftet und wegen eines Wortes, das er am Telefon gesagt hatte - *kazieh* (arabischer Slang für Tankstelle), das der israelische Geheimdienst aber fälschlicherweise mit „Gas“ übersetzte -, in Verwaltungshaft genommen wurde.

In einem Interview erklärte Hassan, dass „*Gas* für sie eine Bombe aus Gas bedeutet, und das war der Beweis, der dem Richter vorgelegt wurde“. Der junge Mann verbrachte ein Jahr im Gefängnis, ohne zu wissen, warum er festgehalten wurde, bis ein israelischer Militärrichter, der Arabisch konnte, den Fehler in der Übersetzung bemerkte und ihn freiließ. Wäre dies dem Anwalt oder dem Häftling mitgeteilt worden, hätten sie die falsche Übersetzung erklären können, und der junge Mann hätte vielleicht nicht ein Jahr im Gefängnis verbracht. „Der Gefangene oder sein Anwalt haben so gut wie keine Möglichkeit, gegen geheime Beweise zu argumentieren“, sagte Hassan.

**2006 stellte der UN-Ausschuss gegen Folter fest, dass die unbefristete und lange Dauer der Verwaltungshaft eine Form der Folter darstellt**

Dieser Fall verdeutlicht zwar die schiere Absurdität, Willkür, Verfahrensfehler und Angst, die das System durchdringen, aber er berücksichtigt nicht ausreichend die umfassendere, unheilvollere vorsätzliche Verfolgung und willkürliche Verwaltungshaft von Tausenden von palästinensischen Aktivisten, Studenten, Politikern, führenden Vertretern der Zivilgesellschaft und Einzelpersonen, die sich gegen die israelische Besatzung stellen.

Die weit verbreitete und systematische Praxis der israelischen Besatzungsbehörden bei der Verhängung von Verwaltungshaft übersteigt bei weitem die vom humanitären Völkerrecht (HVR) für ausländische Besatzungsmächte festgelegten Ausnahmeregelungen, was die Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen dazu veranlasst hat, wiederholt ein vollständiges Ende der „rechtswidrigen Praxis der Verwaltungshaft“ in Israel zu fordern (5). Im Jahr 2006 stellte der UN-Ausschuss gegen Folter fest, dass die unbefristete und lange Dauer der Verwaltungshaft eine Form der Folter darstellt (6).

Willkürliche Massenverhaftungen und Inhaftierungen nehmen nach jedem Protest oder jedem Aufstand drastisch zu, so wie im vergangenen Jahr während des palästinensischen „Aufstand der Einheit“ im Mai 2021. Im Jahr 2021 stieg die Zahl der Anordnungen von Verwaltungshaft auf 1.595, was einem Anstieg von über 40 % gegenüber den Vorjahren entspricht, auch gegen Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft. „Es war immer offensichtlich, dass die Verwaltungshaft ein Instrument der Besatzungsmacht ist, um die Kontrolle über das palästinensische Volk aufrechtzuerhalten“, sagt Francis.

**Wiederholte Proteste gegen die kolonialistische israelische Siedlungspolitik in der Naqab wurden laut Mahmoud Hassan bereits mit Verwaltungshaft geahndet. „Internierungen stehen auch mit der Kontrolle über das Land in Zusammenhang“, sagt Hassan, „es wird nicht mehr lange dauern, bis es in der Naqab mehr Fälle von Verwaltungshaft und mehr Verfolgung geben wird.“**

Palästinensische Student:innen werden von den israelischen Besatzungstruppen besonders wegen ihres Engagements ins Visier genommen, wie die 22-jährige Shatha Hassan, die Vorsitzende des Studentenrats der Birzeit-Universität ist und die verhaftet und fünf Monate lang ohne Anklage festgehalten wurde. Nach Angaben der *Kampagne für das Recht auf Bildung* (7) befinden sich derzeit 14 Studenten der Birzeit-Universität in Verwaltungshaft.

Die israelischen Besatzungsbehörden nutzen die Verwaltungshaft auch als vollendete Tatsache, um eine juristische oder physische Realität zu erzwingen, wenn es ihnen nicht gelingt, dies mit anderen zivilen oder militärischen Gerichtsverfahren zu erreichen. Die neuerliche willkürliche Verhaftung und Inhaftierung von Salah Hammouri, einem palästinensisch-französischen Jerusalemer und prominenten Menschenrechtsverteidiger, erfolgte inmitten eines laufenden Rechtsstreits vor israelischen Zivilgerichten gegen den Entzug seiner legalen Aufenthaltsgenehmigung und seine Zwangsabschiebung aus Jerusalem.

Die Anordnung von Verwaltungshaft durch den israelischen Militärkommandanten und nicht durch den Verteidigungsminister, wie es sonst bei Jerusalemern der Fall ist, zielt darauf ab, den Entzug seiner Aufenthaltsgenehmigung zu bekräftigen, was befürchten lässt, dass er nach seiner Entlassung abgeschoben werden könnte.

Häufig wird die Verwaltungshaft eingesetzt, um Personen zwischen Prozess und Haftverfahren hin und her zu schieben, um ihre Haft zu verlängern und ein Geständnis zu erzwingen, wie im Fall des 80-jährigen pensionierten Rechtsanwalts Bashir Khairi (8). Khairi wurde vom israelischen Militärgericht zweimal gegen Kaution freigelassen, um dann eine sechsmonatige Verwaltungshaft zu erhalten. Die Bestätigung des Beschlusses durch den israelischen Militärrichter unter Berufung auf „geheime Beweise“ veranlasste Bashir Khairi, seinen Boykott der israelischen Militärgerichte zu erklären, was zum Auslöser des derzeitigen Massenboykotts der palästinensischen Verwaltungshäftlinge gegen die israelischen Militärgerichte wurde (9).

### **Koloniale Verfestigung**

Im israelischen Militärjustizsystem, in dem jedes Jahr Tausende von Palästinenser:innen in kafkaesken, nur wenige Minuten dauernden Prozessen, verurteilt werden, ist ein Schuldspruch vorbestimmt. Es geht jedoch nicht nur um grobe Verstöße gegen ein faires Verfahren - die Lösung wäre dann eine „Verbesserung“ der Militärgerichte. Die Rechtswidrigkeit des israelischen Militärjustizsystems bezieht sich vielmehr auf seine integrale Rolle bei der Aufrechterhaltung und Förderung der Errichtung eines umfassenden israelischen Apartheid- und Besatzungsapparats gegenüber dem palästinensischen Volk.

Im vergangenen Jahr sind mehrere internationale Menschenrechtsberichte erschienen, in denen das israelische Regime des Verbrechens der Apartheid beschuldigt wird, darunter die Berichte von *Human Rights Watch*, *Amnesty International* (10) und dem UN-Sonderberichterstatter für die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (11). Alle bringen das israelische Militärjustizsystem unweigerlich mit zweierlei Rechtssystemen in Verbindung, die systematisch eine ethnische Gruppe gegenüber einer anderen privilegieren und die Teil der umfassenderen israelischen Politik der Beherrschung und Kontrolle des palästinensischen Volkes sind.

Das Verbrechen der Apartheid steht neben einer Reihe anderer schwerer Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die für das israelische Militärjustizsystem typisch sind, insbesondere das Kriegsverbrechen der absichtlichen Verweigerung des Rechts palästinensischer Gefangener auf ein faires und ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und die gewaltsame Verlegung palästinensischer Gefangener in Gefängnisse und Haftanstalten der Besatzungsmacht (12). *Addameer* vertritt derzeit die Fälle von drei palästinensischen Minderjährigen vor dem Internationalen Strafgerichtshof (13).

Eine Analyse der Apartheid greift jedoch zu kurz, wenn es darum geht, die koloniale Verankerung des Systems zu berücksichtigen, das seine Zuständigkeit für von Palästinensern begangene „Verbrechen“ kontinuierlich und unrechtmäßig ausgeweitet und die israelische Kontrolle über das Land verankert hat.

Es geht nicht nur um die diskriminierende Einsetzung eines Militärregimes, die systematische Unterdrückung politischer und bürgerlicher Rechte, oder die tiefgreifenden Menschenrechtsverletzungen, die Kriegsverbrechen gleichkommen, sondern um ein umfassenderes Ziel, nämlich die koloniale Kontrolle durch die Siedler, und um die unmittelbar bevorstehende Annexion Israels.

„Deshalb sagen wir, dass es um mehr als Apartheid geht“, sagt Sahar Francis, „das Militärgerichtssystem ist Teil des gesamten Systems der Apartheid und des Kolonialismus, das auf internationaler Ebene kriminalisiert werden sollte.“

## Widerstand der Gefangenen

Ebenso wie die Masseninhaftierung ein wesentliches Merkmal der israelischen Besatzung bleibt, hat sich auch der Widerstand der palästinensischen Gefangenen in Form der palästinensischen Gefangenenbewegung entwickelt. Während der gesamten Zeit hat die Gefangenenbewegung zusammen mit lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen Boykotte, Streiks und Kampagnen gegen die willkürlichen und unterdrückerische Praxis der Besatzer durchgeführt.

„Es muss Druck auf internationaler Ebene ausgeübt werden, insbesondere von den Vereinten Nationen und dem Internationalen Strafgerichtshof, damit die [systematische] Anwendung von Verwaltungshaft als Kriegsverbrechen eingestuft wird, da es sich um willkürliche Inhaftierung handelt.“

Sahar Francis, Addameer

„Addameer engagierte sich bereits 1997 gegen die Verwaltungshaft, als die Familien der Verwaltungshäftlinge ihre erste Kampagne starteten“, erinnert sich Sahar Francis. Die Kampagne fand vor dem Hintergrund der Osloer Abkommen statt, als die israelischen Besatzungsbehörden Hunderte von Aktivist:innen und politische Führern, die gegen die Abkommen waren, verhafteten, wobei viele von ihnen jahrelang ohne Anklage festgehalten wurden.

Bis 1999 gelang es im Rahmen der Kampagne, die Zahl der Verwaltungshäftlinge auf weniger als 40 zu senken, den niedrigsten Stand überhaupt. Mit dem Beginn der zweiten Intifada kam es jedoch wieder zu einer weit verbreiteten Praxis der Verwaltungshaft, in der bis Ende 2002 über tausend Palästinenser ohne Anklage festgehalten wurden.

Seitdem hat Addameer in regelmäßigen Abständen Kampagnen gegen die Verwaltungshaft durchgeführt und 2009 die gezielte Kampagne *Stop Administrative Detention* gestartet, die bis heute andauert. Auch die palästinensische Gefangenenbewegung rückt das Thema Verwaltungshaft in den Mittelpunkt von Verhandlungen und kollektiven Aktionen, unter anderem während der Massenhungerstreiks von 2012 und 2017. Anfang 2012 traten immer mehr palästinensische Verwaltungshäftlinge in den Hungerstreik, um gegen ihre lange Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren zu protestieren. Diese Streiks erregten die Aufmerksamkeit der internationalen Medien und sorgten für Solidarität, allerdings unter großer Gefahr für die Gesundheit der Gefangenen und mit vereinzelt Zugeständnissen, dass ihre Haftzeit nicht verlängert würde.

„Ein individueller Hungerstreik führt zu einer individuellen Entscheidung, die nichts an der Politik der Verwaltungshaft ändert“, sagt Rechtsanwalt Mahmoud Hassan, „und er verhindert auch nicht, dass man später wieder verhaftet wird.“ Im Jahr 2021 traten viele palästinensische Verwaltungshäftlinge in einen langen Hungerstreik, um ihre Freiheit zu erlangen, wie etwa Kayed Fafous, der 131 Tage lang ausharrte. Die Fähigkeit dieser langen Hungerstreiks, individuelle Freiheit zu erlangen, hatte keinen Einfluss auf die fortgesetzte Ausweitung der Verwaltungshaft durch die israelischen Behörden. Diese Realität veranlasste palästinensische Verwaltungshäftlinge im Januar 2022 dazu, einen massiven, kollektiven und umfassenden Boykott aller israelischen Militärgerichte auszurufen (14). Der anhaltende Boykott dauert nun schon mehr

als 100 Tage und betrifft alle palästinensischen Verwaltungshäftlinge - derzeit 530 -, da sich sowohl die Häftlinge als auch ihre Anwälte weigern, an Sitzungen des Militärgerichts und an Berufungsverfahren teilzunehmen, einschließlich derjenigen vor dem israelischen Obersten Zivilgericht. Seitdem bestätigen und erneuern israelische Militärgerichte in Abwesenheit in geheimen Verfahren, an denen ein israelischer Militärrichter, ein Militärstaatsanwalt und der israelische Geheimdienst beteiligt sind, die Anordnung von Verwaltungshaft.

Die israelischen Militärgerichte haben nun damit begonnen, Strafen zu verhängen, um den Boykott zu beenden. Ein Beispiel dafür ist eine Regelung, die verhindert, dass Inhaftierte oder ihre Anwälte eine Kopie der Anordnung von Verwaltungshaft oder der Gerichtsentscheidungen erhalten, und sie stattdessen zwingt, die Anordnung beim Gericht zu beantragen. Wie Mahmoud Hassan hervorhebt, betrifft diese Entscheidung Gefangene, die nicht wissen, wie lange ihre Anordnung gilt, und Familien, die die Kopien benötigen, um sich an das Rote Kreuz oder die Palästinensische Kommission für Gefangenenangelegenheiten zu wenden

Den Angaben der *Palestinian Prisoner's Society* (15) zufolge, könnte der Boykott mit der Zeit eskalieren und andere Protestformen annehmen, einschließlich der Möglichkeit eines offenen Massenhungerstreiks nach dem *Eid al-Fitr*-Fest.

Die palästinensischen Verwaltungshäftlinge sind sich jedoch darüber im Klaren, dass ihr Boykott und alle anderen eskalierenden Schritte die israelischen Besatzungsbehörden kaum dazu bringen werden, die Verwaltungshaft vollständig abzuschaffen. Die Praxis ist zu effektiv, als dass das Regime sie ganz aufgeben würde. Vielmehr, so Sahar Francis, "muss auf internationaler Ebene Druck ausgeübt werden, insbesondere von den Vereinten Nationen und dem Internationalen Strafgerichtshof, damit die [systematische] Anwendung von Verwaltungshaft als Kriegsverbrechen eingestuft wird, da es sich um willkürliche Inhaftierung handelt."

Die Rechenschaftspflicht und die Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung aller militärischen Befehlshaber, Richter und Staatsanwälte, die in den Prozess eingebunden waren: wer den Befehl erteilt hat, wer den Befehl bestätigt hat, wer dafür gesorgt hat, dass der Befehl verlängert wurde", so Francis, bleibt eine notwendige Voraussetzung und eine praktische Anstrengung, um diesen systematischen Verstößen ein Ende zu setzen.

*Addameer* [das Gewissen] war eine von sechs führenden palästinensischen Nichtregierungsorganisationen, die von den israelischen Behörden im Oktober 2021 als „terroristische Organisation“ eingestuft und anschließend durch einen Militärbefehl verboten wurden. Die willkürliche und pauschale Kriminalisierung, die von der internationalen Gemeinschaft weitgehend verurteilt wurde, wurde ebenfalls mit "geheimen Beweisen" begründet.

*Ayah Kutmah* ist Gastwissenschaftlerin am *Muwatin-Institut für Demokratie und Menschenrechte an der Birzeit-Universität*. Sie erhielt ihren Bachelor-Abschluss von der *University of Michigan* und ist 2020-21 *US-Fulbright ETA-Empfängerin* in der besetzten Westbank.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/04/colonial-continuities-and-kangaroo-courts-administrative-detention-and-the-israeli-military-judicial-system/>

1. <https://www.addameer.org/Campaign/stop-administrative-detention>
2. <https://www.addameer.org/Campaign/stop-administrative-detention>
3. <https://www.addameer.org/Campaign/stop-administrative-detention>
4. <https://addameer.org>
5. <https://www.un.org/unispal/document/special-rapporteurs-call-on-israel-to-release-or-charge-five-palestinian-hunger-strikers-press-release/>
6. <https://www2.ohchr.org/english/bodies/cat/docs/cobs/CAT.C.ISR.CO.4.pdf>
7. <https://www.birzeit.edu/en/right2edu>
8. <https://www.addameer.org/news/4611>
9. <https://www.addameer.org/index.php/news/4736>
10. <https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2022/02/MDE1551412022ENGLISH.pdf>
11. <https://news.un.org/en/story/2022/03/1114702>
12. [https://ihl-databases.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v2\\_rul\\_rule100](https://ihl-databases.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v2_rul_rule100)
13. [https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/CourtRecords/CR2020\\_01151.PDF](https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/CourtRecords/CR2020_01151.PDF)
14. [https://www.addameer.org/sites/default/files/Palestinian%20Administrative%20Detainees%20Letter%20%5BEnglish%5D\\_o.pdf](https://www.addameer.org/sites/default/files/Palestinian%20Administrative%20Detainees%20Letter%20%5BEnglish%5D_o.pdf)
15. <http://mhps.ps/en/organization/the-palestinian-prisoners-society/MJEN2Ysg-hs=>